

GEDENKDIENTST

Zivilersatzdienst - Holocaust-Education - Europäischer Freiwilligendienst

No 4/08

Geschlecht & Erinnerung Weiblichkeitsbilder in der Erinnerung an das Dritte Reich

GEDENKDIENTST-Tagung 2008 in Kooperation mit der ÖH an der Uni Wien

Am 21. und 22. November 2008 veranstalteten der Verein GEDENKDIENTST und die Österreichische HochschülerInnenschaft an der Universität Wien eine internationale wissenschaftliche Tagung, die einem Thema gewidmet war, welches in der öffentlichen Diskussion bisher wenig Beachtung gefunden hat: den Geschlechterverhältnissen in der Erinnerung an das Dritte Reich. In der österreichischen Erinnerungskultur sind größere geschlechterspezifische Verwerfungen und Disparitäten festzustellen. Angesichts der Tatsache, dass nationalsozialistische Geschlechterkonzepte oder stereotype Vorstellungen davon unseren Alltag heute noch beeinflussen, erschien uns eine Auseinandersetzung mit dieser Problematik umso notwendiger.

„Den Opfern für ein freies Österreich 1934-1945“ ist jenes Denkmal der Stadt Wien am Zentralfriedhof gewidmet, welches wir als Motiv für unsere Tagung gewählt haben. Bereits vor der feierlichen Enthüllung durch Bürgermeister Theodor Körner am 1. November 1948 und selbstverständlich auch danach gab es eine rege Debatte um dieses Denkmal, insbesondere um seine Widmung. Ein Aspekt, der diesem Denkmal ebenfalls anhaftet, blieb jedoch in der öffentlichen Auseinandersetzung unbeachtet, nämlich die Geschlechterbilder, die dieses Denkmal vermittelt. In den Pressemeldungen der Rathauskorrespondenz lesen wir am Tag der Denkmalenthüllung: „Die drei Hauptphasen der Tragödie unserer Zeit werden durch drei Statuen versinnbildlicht. [In unserer Grafik sind nur zwei abgebildet.] Auf der ersten Stufe steht eine steinerne Frauengestalt, gebeugt und verhüllt: Die *Trauer*. [Diese ist im Vordergrund unserer Grafik zu sehen.] Sie steht am Beginn der Unterdrückung. Doch als der Widerstand im Laufe der Jahre wächst und sich trotz härtester Mittel der Staatsgewalt organisiert, steht eine zweite Figur, die *Klage*, mit erhobenem Haupt und emporgereckter Hand auch anklagend, auf den Stufen. [Diese Figur ist in unserer Grafik nicht abgebildet.] Dort aber, wo die Kerkermauern plötzlich zerbrechen, steht sieghaft die große Bronzestatue eines Mannes, des *Befreiten*, der in das Licht eines neuen Lebens tritt.“¹ Wäre nicht „die Befreiung“ auch weiblich? Die Stadien vor der Befreiung werden durch allegorische Darstellungen des jeweiligen Zustandes versinnbildlicht, am Ende aber steht



GESCHLECHT & ERINNERUNG
WEIBLICHKEITSBILDER
IN DER ERINNERUNG
AN DAS DRITTE REICH
WISSENSCHAFTLICHE TAGUNG
WIEN, 21. - 22. NOVEMBER 2008

DER Befreite und nicht DIE Befreiung oder DIE Freiheit.

Als OrganisatorInnen dieser Tagung sehen wir es als unseren gesellschaftspolitischen Auftrag, diese Fragen in der Öffentlichkeit zu stellen und eine Debatte über Missstände anzuregen, deren Ursprung insbesondere in nicht aufgearbeiteten Aspekten der NS-Vergangenheit unserer Gesellschaft zu verorten ist. Die Vergangenheit können wir nicht ändern. Ihre Deutung und unsere Haltung ihr gegenüber liegen hingegen in unserer Verantwortung. „[...] was zur Disposition stand und steht, ist nicht die Vergangenheit selbst, sondern sind die ethisch-moralischen Grundlagen gegenwärtigen politischen Handelns.“² Auch Sigrid

Jacobeit, die langjährige Leiterin der Gedenkstätte Ravensbrück und Professorin an der Humboldt Universität zu Berlin, wies im Eröffnungsreferat der Tagung darauf hin, dass Erinnerungskultur immer auch Konfliktkultur ist. Hierin liegt die gegenwartsbezogene Relevanz der Thematik unserer Tagung. Eine Debatte über die Geschlechterverhältnisse unserer heutigen Gesellschaft kann nur dann sinnvoll und zukunftsfruchtig geführt werden, wenn uns bewusst ist, dass die Geschichte der Austragungsort dieses Konfliktes ist.

Die Umriss dieses „Schlachtfeldes“ skizzierte Jacobeit, indem sie einen

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

„Keine schönen Biester, sondern Mörderinnen“ Interview mit Sigrid Jacobeit	3
Szenen einer Ehe	4
Warum normale Menschen mordeten. Motive einer Krankenschwester	5
Dänemark: Ein skandinavischer Sonderweg zwischen Kollaboration und Widerstand?	6
NS in Oberösterreich: Kein Regime ohne Personal	6
Die Novemberprogrome in ZeugInnenberichten	7
vor.gelesen rezensionen	8

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

So manche/r stößt sich daran, dass wir im Sinne geschlechtsneutraler Formulierung ein „Innen“ an manche Wörter anhängen. Besonders schwierig ist das in unserer vorliegenden Zeitungsnummer. Diese widmet sich nämlich dem Thema „TäterInnenenschaft“. Gab es während der männlich dominierten nationalsozialistischen Herrschaft überhaupt Frauen, die als Täterinnen aktiv waren? Ist es legitim, von „TäterInnen“ zu schreiben?

Im Leitartikel gibt Johann Kirchknopf einen Überblick über die „Gedenkdienst“-Tagung „Geschlecht & Erinnerung“, die sich allgemein mit Weiblichkeitsbildern in der Erinnerung an das Dritte Reich auseinandersetzt. Fragen zum Themenkomplex „TäterInnenenschaft und Geschlecht“ steht dann Sigrid Jacobeit in einem Interview Rede und Antwort. Auch die meisten anderen Artikel beschäftigen sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Thema „TäterInnenenschaft“, etwa mit der Erfassung derselben in Oberösterreich oder mit dänischen Freiwilligen in der SS.

Anlässlich des 70. Jahrestages der Novemberprogrome beleuchtet Veronika Zangl dann noch die Rezeption derselben in ZeitzeugInnenberichten. Auf der Rückseite dieser Ausgabe befindet sich eine von mehreren positiven Neuerungen, die Klaus Kienesberger in seinem Intermezzo als Chefredakteur in die „Gedenkdienst“-Zeitung eingebracht hat: die Rezension von Bucherscheinungen.

Konstantin Wacker
Redakteur GEDENKDIENTST

„Keine schönen Biester, sondern Mörderinnen“

Ein Gespräch mit Professor Sigrig Jacobeit, Leiterin der Gedenkstätte Ravensbrück von 1992 bis 2005, über die im Oktober 2004 eröffnete Ausstellung: „Im Gefolge der SS-Aufseherinnen im KZ-Ravensbrück.“

Fortsetzung von Seite 1

Überblick nicht nur über die Forschung, sondern auch über den aktuellen Stand der Arbeit an den verschiedensten Gedenkstätten gab.

Den zweiten Höhepunkt des ersten Abends unserer Tagung bildete eine Podiumsdiskussion, die von Johanna Gehmacher moderiert wurde und die unter dem Titel stand: „Nationalsozialismus, Gedächtnis, Geschlecht. Zur Dis/Kontinuität nationalsozialistischer Geschlechterbilder“. Den ZuhörerInnen wurde ein weites Spektrum unterschiedlicher Erfahrungen mit dieser Thematik geboten, zumal die TeilnehmerInnen aus verschiedensten Disziplinen kamen. Brigitte Bailer-Galanda ist Leiterin des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) und war Mitglied der Historikerkommission. Ruth Beckermann hat in und für ihre Filme viele ZeitzeugInnen interviewt und mit den Mitteln einer Filmemacherin versucht, auch Geschlechterrollen auf die Spur zu kommen. Terezija Stoisits, die heute Volksanwältin ist, war als Abgeordnete der Grünen unter anderem in die Gesetzgebung zur Opferfürsorge involviert, die keineswegs als geschlechterneutral bezeichnet werden kann. Wolfgang Wippermann, der ebenfalls an der Diskussion hätte teilnehmen wollen, musste sich aus gesundheitlichen Gründen leider entschuldigen. Die Beteiligung des Publikums war jedoch enorm: Am Freitagabend besuchten rund 80 Interessierte die Tagung und regten durch Fragen eine lebhaft Diskussion an.

Auch am Samstag blieb die Publikumsbeteiligung trotz des dichten und inhaltlich anspruchsvollen „Vortragsmarathons“ hoch: Die Zahl der ZuhörerInnen schwankte im Laufe des Tages zwar zwischen 60 und 80, ihre Aufmerk-

samkeit und ihr Interesse, das sich durch viele Fragen äußerte, blieb aber während des ganzen Tages erfreulich hoch. Bei der Planung des Ablaufs haben wir uns bemüht, Vielfalt auch durch verschiedenste Sicht- und Herangehensweisen der Vortragenden zu erreichen. Wir luden deshalb WissenschaftlerInnen ein, die universitär verankert sind, aber auch solche, die außeruniversitär forschen. Elizabeth Harvey, Professorin an der Universität Nottingham, gab einen Einblick in ihre gegenwärtige Erforschung von NS-Frauenorganisationen, innerhalb derer sich Frauen für die „Volkscommunity“ bewähren mussten. Sie kontrastierte dabei ideologische Konzepte mit sehr persönlichen Lebenserfahrungen konkreter Frauen. Gabriele Czarnowski vom Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie der Uni Graz zeigte die Verflechtung der Kategorien „Rasse“ und „Geschlecht“ innerhalb nationalsozialistischer Eugenikprogramme anhand konkreter Beispiele wie etwa der Untersuchung der „Ehetauglichkeit“ auf.

Zwei grundverschiedene Perspektiven aus der nicht-universitären Forschung boten zwei weitere WissenschaftlerInnen: Helga Amesberger vom Institut für Konfliktforschung hat sich eingehend mit der Produktion von Geschlecht in lebensgeschichtlichen Interviews beschäftigt und demonstrierte, mit welcher – zumeist unbewussten – Wirkmacht Geschlechterkonzepte unser Denken beeinflussen. Claudia Kuretsidis-Haider kommt aus einer gänzlich anderen Richtung. Sie leitet die Zentrale Österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz. Ihre Perspektive ist demnach die der Rechtsgeschichte und ihr Resümee lautete: „Von einer gleichberechtigten Sicht der strafrechtlichen Schuld in den

Nachkriegsprozessen kann nicht die Rede sein.“ Wichtig war uns auch die Einbindung von Personen, die nicht im universitären Bereich tätig sind. Deshalb haben wir auch die Leiterin der Lern- und Gedenkstätte Schloss Hartheim, Irene Leitner, eingeladen, die in ihrer täglichen Arbeit Geschichte vermittelt und daher aus Erfahrung weiß, welche Bedeutung die Vermittlung von geschlechterspezifischer Geschichte für die Sensibilisierung junger Menschen hat. Sylvia Köchl und Kerstin Lercher gaben abschließend einen Einblick in die Tätigkeit der Lagergemeinschaft Ravensbrück.

1. 1.11.1948: Die Enthüllung des Opferdenkmals auf dem Zentralfriedhof, online unter: <http://www.wien.gv.at/ma53/45jahre/1948/1148.htm> (07.11.2008).
2. Uhl (2004: 25)

Johann Kirchnopf
war Projektleiter der Tagung, ist Vorstandsmitglied des Vereins und leistete 2006/2007 Gedenkdienst am London Jewish Cultural Centre

Literaturverweis:

Heidmarie Uhl, Die Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“ in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik. In: Geschichte und Region 13, H. 2 (2004) 23-52.

Die Tagung wurde durch die finanzielle Unterstützung des BMWF, BMUKK, Wien Kultur und des Zukunftsfonds der Republik Österreich ermöglicht und stand unter der wissenschaftlichen Beratung von Johanna Gehmacher.

Fortsetzung von Seite 3

Da hatte ich auch eine Magisterstudentin, die eine Arbeit dazu gemacht hat, über diese berühmten Vorgänge, die sich da unmittelbar nach der Wende abspielten. Dass dann Aufseherinnen plötzlich Entschädigungen haben wollten, weil sie nach 1945 beispielsweise in Sachsenhausen eingesperrt waren. Solche haben dann auch versucht, sich bei diesem Entschädigungskonzept zu melden und irgendwelche Gelder zu bekommen. Das ist auch gelungen. Doch die Überlebenden haben protestiert, und eine ehemalige Aufseherin hat dann auch zurückgezählt.

Welche Reaktionen rief die Ausstellung denn insbesondere in der nahen Umgebung des ehemaligen Lagers hervor?

Es war sehr interessant zu beobachten. Es kamen am Anfang relativ viele Fürstenberger plötzlich in die Gedenkstätte, die vorher nie kamen. Das haben unsere Damen, die die Ausstellung begleiten, beobachtet. Die Fürstenberger kennen sich ja ziemlich gut untereinander. Und das war in den ersten Wochen ganz spannend. Sie waren neugierig, fragten sich, was wir zeigen und wie wir es zeigen. Wir haben kaum eine Reaktion gehört. Und die Besucherzahlen gingen sehr schnell wieder zurück. Die Neugierde war sehr schnell befriedigt, denn man liebt diesen Ort ohnehin nicht. Und man ist eigentlich nur gekommen, um in diese Ausstellung zu gehen.

Wie gefällt Ihnen selbst denn letztendlich die Ausstellung?

Ich finde die Ausstellung gestalterisch nicht gelungen. Das sage ich auch ganz ehrlich. Es ist etwas passiert, was nicht hätte passieren sollen. Das Haus ist durch diesen Einbau, der gemacht wurde, zerstört. Dieser massive Einbau der Wände mag einem gestalterischen Konzept entsprechen, aber ich hätte mir im Sinne des behutsamen Umgangs mit dem Haus und den Räumen eine sehr behutsame Ausstellung vorgestellt. Es hieß vom Gestaltungsbüro, die Wände mögen die Räume brechen. Das „anheimelnde Haus“ müsse gebrochen werden. Doch dadurch breche ich gar nichts. Die Aussagen sind stark genug.

Das ist eine unnötige Übertreibung finde ich.

Genau so ist es. Der Ort braucht diese Wände nicht. Die Gestaltung überfrachtet das Haus. Es merkt aber keiner, weil die Besucher im Besucherbus ja nur artikulieren, dass es gut ist, dass es eine solche Ausstellung gibt. Es ist richtig schade. Einige der Überlebenden haben gesagt, sie werden nicht sagen, dass es ihnen nicht gefällt, sie werden einfach nichts sagen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Maria Neumann
2007/8 EVS-Freiwillige bei Gedenkdienst

Als Begleitband zur Ausstellung erschien im Berliner Metropol Verlag das Buch „Im Gefolge der SS“ von der Kuratorin der Ausstellung, Dr. Simone Erpel.

Als einziges Konzentrationslager auf deutschem Gebiet wurde Ravensbrück als „Schutzhaftlager“ für Frauen errichtet. Die SS verlegte im Frühjahr 1939 die ersten weiblichen Häftlinge nach Ravensbrück. Die Rote Armee befreite das Lager am 30. April 1945. Zwischen 1939 und 1945 verrichteten zahlreiche Frauen ihren Dienst als Aufseherinnen in den Konzentrationslagern der nationalsozialistischen Diktatur.

Gedenkdienst: Im Oktober 2004 konnten Sie die Ausstellung „Im Gefolge der SS“ über die KZ-Aufseherinnen in Ravensbrück nach über zehnjähriger Vorbereitung eröffnen. Welche Hürden erschwerten die Realisierung des Projektes beziehungsweise dehnten den Entstehungsprozess derartig aus?

Jacobeit: Das hat natürlich mit mehrererlei Gründen zu tun. Zum einen war es konzeptionell von Anfang an klar, dass es eine Aufseherinnen-Ausstellung geben wird. Das war schon in den Jahren 1993/1994 Konzept der Gedenkstätte Ravensbrück. Aber der Zeitpunkt der Realisierung war eher im zweiten Teil der Realisierung von Ausstellungsprojekten angesiedelt. Das Thema der Aufseherinnen und des SS-Personals war zu dem Zeitpunkt noch in keiner Weise erforscht, es gab also keinerlei gründliche wissenschaftliche Forschungen dazu, und es war auch nicht das Anliegen der Überlebenden, dass wir bereits auch in der ersten Ausstellung thematisieren: „SS-Aufseherinnen in Ravensbrück“. Wir wollten eigentlich zunächst versuchen, dem Ort und seinen Opfern gerecht zu werden.

Auf welche Quellen konnten Sie sich generell beziehen?

Wir haben Interviews mit Überlebenden geführt und das waren so die ersten Versuche, Informationen über die Aufseherinnen zu sammeln, und auch Quellen zusammenzutragen, die dieses Aufseherinnenhaus dann füllen sollten. Wir haben uns auf die Interviews bezogen. Es gab zu jenem frühen Zeitpunkt relativ wenige Verwaltungsverlagen der SS. Aber eine weitere wichtige Quelle sind natürlich auch die Prozessunterlagen. Das sind die Hauptquellen. Und dann natürlich die Dinge, die 1945 in der Presse spektakulär erschienen.

Die Direktorin der Gedenkstätte, Insa Eschbach, nennt Ravensbrück ein Paradigma der KZ-Haft von Frauen, aber auch Paradigma weiblicher Täterschaft. Nach welchem Muster erfolgte die Rekrutierung, Auswahl und Ausbildung der KZ-Aufseherinnen?

Das ist ein wichtiger Schwerpunkt und eine immer wieder gestellte Frage. Man muss dazu wissen, es war eine Zeit der Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Männer bauten unter anderem die Autobahnen – die Arbeitslosen wurden ja zu allen

möglichen Projekten geschickt, im Rahmen des Arbeitsdienstes usw. Und es gab eben auch arbeitslose Frauen in solchen kleinen Städten, wie es Fürstenberg ist – jene kleine Stadt neben dem Dorf Ravensbrück. Im Umfeld Fürstenbergs und der umliegenden Dörfer gab es Frauen, die keine Arbeit hatten und die hörten plötzlich, dass da ein Lager errichtet worden war, wo es Asoziale, Arbeitsscheue, Juden gibt, und wo es eine Chance gäbe, diese zu beaufsichtigen. Das wurde plötzlich zu einer attraktiven Information, und man bekam eine Wohnung in neu gebauten Häusern, heute würden wir sagen, ein Apartment, und man wäre allein und einmal von Zuhause weg. Denn viele junge Frauen wohnten zum Teil noch bei ihren Eltern. So fassten viele den Entschluss, sich dort im KZ zu bewerben.

Welche Motive bewegten die meist sehr jungen Frauen, ihren Dienst in der SS zu tun? Umgaben Sie vorwiegend ideelle oder materielle Interessen? Nur wenige von ihnen waren Mitglieder der NSDAP.

Ich würde diese Frauen, also speziell aus der Region, die würde ich eher folgender Kategorie zuordnen: materielle Gründe, ausschließlich materielle Gründe. Natürlich hat dieses System auch im Laufe dieser sechs Jahre dazu beigetragen, die Menschen in eine Richtung zu bringen, dass die Häftlinge als Untermenschen zu betrachten sind, die wir in unserer Gesellschaft nicht brauchen. Aber das war wahrscheinlich nicht der Hauptgrund, und ich möchte das als These auch in den Raum stellen: Der Hauptgrund war der materielle Anreiz. Aber ein zweiter Grund war dieser ideologisch infiltrierte, der mit der beginnenden Tätigkeit noch zunahm. Es gab ganz wenige, die gesagt haben: „Ich kann das nicht. Das halte ich nicht aus.“ Das hat es gegeben, aber die meisten haben sich doch sehr schnell arrangiert, haben die Häftlinge mit Füßen getreten und die Hunde drauf gehetzt.

Viele fühlten sich als Eliten der Gesellschaft und diese Aufseherinnen haben sich sehr schnell in dieses elitäre Denken versetzt, obgleich sie doch auf der niedrigsten Stufe innerhalb der SS-Hierarchie waren.

Spiegelt diese Hierarchie innerhalb der SS, die Sie eben bereits beschrieben haben, das Geschlechterbild des Dritten Reiches, bedenkt man, dass

auch in Ravensbrück Kommandostab und Wachtrupps ausschließlich männlichen SS-Mitgliedern vorbehalten blieben? Welche Auswirkungen hatte diese Rangordnung auf das Verhalten der Frauen?

Zum einen könnte man sagen, entspricht diese Hierarchie spiegelgerecht dem Frauenbild in der Nazi-Zeit. Denn Frauen konnten keine Karriere machen. Die höchste Funktion hatte die Scholtz-Klink inne. Das war einfach so. Es gab in diesem ganzen großen Regierungsfeld keine einzige Frau, die wirklich etwas Wichtiges zu sagen hatte. Das entsprach dem Konzept dieses Regimes. Und genau so hat sich das im KZ-System und damit in der Hierarchie der SS abgebildet. Und dennoch hat man Frauen gebraucht. Man hat sie gebraucht in der Tradition der Bewachung von Frauen. So sind diese Geschlechterstereotype im Frauen-KZ Ravensbrück exemplarisch zu beobachten. Dadurch, dass die Frauen eigentlich überhaupt Macht hatten, haben sie sich mehrheitlich in dieser Machttrolche „Frau mit Macht“ sehr wohl gefühlt. Sie haben sich in dieser Machttrolche sehr wohl gefühlt und hatten damit natürlich auch das Bedürfnis, sich in dieser Möglichkeit der Hierarchie zu bewähren, im wahrsten Sinne des Wortes. Und es ist auch passiert, dass Frauen von der normalen Aufseherin – es gab eine solche hierarchische Struktur – zur Oberaufseherin ernannt worden sind, die für einen gewissen Zeitraum dem Schutzhaftlagerführer gleichgestellt war. Das ist dann wieder abgeschafft worden.

Holocaust-Forscher Raul Hilberg schreibt, dass gerade die „Abfolge alltäglicher Erledigungen in den gewaltigen Vernichtungsprozess mündete.“ Bestätigt Ihre Forschung dieses Festhalten an einem vermeintlich konkreten Alltagskanon als Voraussetzung und Notwendigkeit für den Holocaust?

Unbedingt. Denn dieser Alltag wurde zur Routine und dennoch hat er die Aufseherinnen bisweilen überfordert. Das hängt mit der Zunahme der Belegung zusammen. Diesem Chaos waren sie in ihrer Alltätigkeit eigentlich auch nicht mehr richtig gewachsen. Und diese Tatsache wurde zur Chance für die Häftlinge. Das kriegen wir immer wieder erzählt. Sie waren froh, wenn die Aufseherinnen fast Angst hatten vor Schmutz, vor Krach, vor Lärm, vor Überfüllung. Und trotzdem haben sich einige in ihrer Statur dann doch entsprechend



Prof. Dr. Sigrig Jacobeit auf der Gedenkdienst-Tagung
Foto: Eldina Jaganjac

behauptet, die keine Handlungsspielräume zugelassen haben. Sie haben diese vermeintliche Normalität praktiziert. Es ist wichtig, das Geschehen in verschiedenen Zeitebenen zu betrachten. Man darf den Anfang nicht mit dem Ende vergleichen. Dementsprechend haben die einen sich gleichmäßig verhalten, routinieren, und die anderen waren eben dieser Routine nicht mehr gewachsen, weil es gar keine wirkliche Routine mehr gab, weil sie auch ein wenig außer Kontrolle geriet. Es gab also wirklich zunehmende Spielräume für die Überlebenden, die andererseits eine zunehmende Brutalität auslösten.

Inwiefern ist die Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen TäterInnen im Nationalsozialismus notwendig, inwieweit dient sie der Mythenbildung und wirkt somit verfälschend?

Ich glaube, und betrachte dass an dieser Stelle ethnologisch, diese Mythenbildung ist ein Produkt der Zeit nach 1945. Und sie ist sehr gefährlich. Weil man die Rolle der Aufseherinnen einfach abtut mit den Worten: „Sie war ein schönes Biest.“ Das ist die einfachste Form eines Urteils, schön verbrämt noch, ummantelt – einfach falsch. Ich denke ganz im Gegenteil, man muss gerade solchen Biografien gründlich nachgehen, sehr präzise nach Quellen suchen, möglichst noch das letzte Mosaiksteinchen zusammenfinden, um genau diesem Bild, dieser Mythenbildung zu widersprechen. Die waren alle schön und blond und Biester. „Mehr nicht?“, fragt man dann eigentlich gleich. Es ist einfach ganz furchtbar. Zum Teil waren das grausame Verbrecherinnen, keine Biester, sondern Mörderinnen.

Wie gelang den ehemaligen Aufseherinnen die Integration in die Nachkriegsgesellschaft? Wurden die Biografien der Frauen innerfamiliär aufgearbeitet oder vielmehr verdrängt? Wie erinnern (te) sie sich an ihren Dienst in der nationalsozialistischen Diktatur im KZ-System?

Es gibt einige, die verurteilt worden sind, auch zum Tode. Einige sind ganz normal in die Gesellschaft zurückgekehrt, sind untergetaucht, haben in Vorbereitung der Ausstellung gesagt: „Ja, ich bin die...“, aber ich stehe nicht zur Verfügung.“

Zu nennen ist an dieser Stelle auch das Thema der Rehabilitierungsverfahren ab 1992. Die hat es ja auch gegeben.



Podiumsdiskussion „Nationalsozialismus, Gedächtnis, Geschlecht. Zur Dis/Kontinuität nationalsozialistischer Geschlechterbilder“, am Podium: Terezija Stoisits, Johanna Gehmacher (Moderation), Brigitte Bailer-Galanda, Ruth Beckermann (v.l.n.r.). Foto: Ulrike Fieschhut

Szenen einer Ehe

Wie viel haben die Menschen über die verbrecherischen Taten des Nazi-regimes tatsächlich gewusst? Inwiefern waren sie trotzdem, oder auch deshalb, dessen loyale Unterstützer? Dazu gibt es in der Forschung neuere Erklärungsmuster. Drei Publikationen sollen hier zusammengefasst werden – die besprochenen Bücher beziehen sich auf die Situation in Deutschland.

Klar ist zunächst, dass die Nazis schon ab dem Jahre 1933 versuchten, die Öffentlichkeit in Deutschland nach totalitären Prinzipien zu organisieren. Die Zeitungen sollten demnach vor allem Zustimmung zum politischen System demonstrieren, nicht die BürgerInnen informieren. Daraus lässt sich aber noch nicht folgern, dass die Menschen auch tatsächlich so dachten, wie sich die Partei es wünschte. Vorsicht und Zurückhaltung war gefragt. Forscher wie Peter Longerich, Robert Gellately oder Götz Aly konstataren einen „Rückzug“ der kritischen Meinungen in private Situationen.

„Notwendige Maßnahmen“

Der Beginn der Naziherrschaft in Deutschland war voll begeistertem Schwung. Der kanadische Forscher Robert Gellately beschreibt, wie es gelang, dass mit dem Kampf gegen den Kommunismus nicht nur eine Partei an die Macht kam, sondern die Mehrheit

euphorisch auf der Suche nach „Recht und Ordnung“ die verhassten Weimarer Zustände hinter sich ließ. Eine „hart durchgreifende“ Regierung war derart gefragt, dass die Partei ohne größere Probleme auch die ersten Konzentrationslager als notwendige Maßnahme rechtfertigen konnte. Diese waren nämlich kein Geheimnis, sondern im Gegenteil eine Art „normativer Kern“ der neuen Gesellschaft. Sie waren als „moralische Erziehungsanstalten“ für Feinde der Volksgemeinschaft gedacht. Die Propaganda versprach, dass die inhaftierten Frauen und Männer nach ihrem Lehrgang in „Fleiß, Sauberkeit und ehrlicher Arbeit“ als brave BürgerInnen in die Volksgemeinschaft zurückkehren werden und die Lager bald gar nicht mehr nötig seien. Die Gemeinde Dachau war im Jahre 1933 sogar stolz, dass eines der ersten Lager gerade dort eröffnet wurde und machte sich Hoffnungen über neue Arbeitsplätze. Die folgende und massenhaft praktizierte, beschönigende Berichterstattung über die Lager wurde von den ZeitungsleserInnen aber nicht für bare Münze genommen. Viele BürgerInnen konnten bereits die Sprache einer totalitären Presse soweit entziffern, dass die idealisierten Berichte für sie auch klar eine Botschaft der Abschreckung enthielten. Trotzdem reagierte die Regierung mit dem Ausbau der Polizeibefugnisse in erster Linie auf ein Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung.

Ein Indikator für das hohe Ansehen der „neuen“ und effizienteren Polizei sind die jährlich gefeierten, populären „Polizitage“. Mit einem neuen, harten Strafrecht und der „Säuberung der Straßen“ – der Verfolgung politisch definierter Gruppen, den „Asozialen“, „Arbeitsscheuen“ und anderen „potentiell kriminellen“ Subjekten – hatten die meisten jedenfalls keine Probleme. Nach Gellately ist dann sogar der Krieg für viele BürgerInnen der gerechtfertigte Versuch, diese „inneren“ polizeilichen Anstrengungen der deutschen Gesellschaft auf die „zurückgebliebenen“ Völker der Welt auszuweiten.

Die Naziführung ließ mit großem Aufwand die Einstellungen ihrer BürgerInnen ausforschen – so besorgt war sie über mögliche Ablehnung ihrer Politik. Der Sicherheitsdienst der SS (SD) hatte einen eigenen Nachrichtenapparat, der fast täglich der „Volksstimmung“ auf den Zahn fühlen sollte. Diese Berichte der SD-Spitzen sind nicht objektiv, sondern durchtränkt von volksgemeinschaftlichem Idealismus: „Berichteten sie vorgesetzten Dienststellen Negatives, so hätten sie damit implizit die Frage aufgeworfen, was sie denn dagegen zu tun gedächten“, so Longerich.

Nach Robert Gellately akzeptierte die Mehrheit der Deutschen die polizeiliche Infiltration des Privatlebens nicht nur, sondern nutzte sie auch noch für eigene Zwecke aus. Schockierend ist, was Gellately beispielsweise für den Raum Unterfranken beweist: Die Mehrheit der Denunziationen ging nicht von der Gestapo oder anderen Parteistellen, sondern direkt von der Bevölkerung aus. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass in vielen Fällen keine ideologische Motivation dahinterstand: Um ihren Ehestreit zu lösen oder den ungeliebten Nachbarn loszuwerden riefen einige BürgerInnen mit erfundenen Vorwürfen der „Rassenschande“ bei der Gestapo an. So konnten auch berufliche Konkurrenten aus dem Weg geschafft werden. Die NSDAP-Führung ärgerte sich über Anzeigen mit solchen Hintergründen. Generell aber waren Denunziationen für die Judenverfolgung und später die Unterdrückung der ZwangsarbeiterInnen zentral, sie hielten das Verhältnis zwischen Polizei und BürgerInnen „lebendig“. Wer so einen Schritt tat, der wusste, welchen Gefahren er sein Opfer aussetzt. Aus den ersten Lagern berichteten die Zeitungen ein regelmäßiges und monotones „auf der Flucht erschossen“ – niemand konnte sich wirklich Illusionen über das Schicksal der „Schutzhäftlinge“ machen.

Viele „Arier“ hießen die Judenverfolgung offen gut. Einige andere sahen darin eine unangenehme, aber anscheinend notwendige Unternehmung. Im „Rückzug ins Private“ sieht Longerich hier mehr als nur eine gleichgültige Abwendung von den Geschehnissen. Die Einführung des Judensterns 1941 rief unter der Bevölkerung oft Ablehnung hervor. Wenn manche in Straßenszenen den Stern konsequent ignorierten, wollten sie damit Solidarität zeigen. Die Partei reagierte schnell auf den Missmut – nämlich mit harten Strafen für all jene, die sich gemeinsam mit Juden in der Öffentlichkeit zeigten.

Neue Phase

Der Krieg läutete eine neue Phase ein. Die Lager verschwanden aus der Berichterstattung. An die Notwendigkeit der „Vernichtung des Judentums“ erinnerte die NS-Führung die Bevölkerung ohne Unterlass. Die permanenter von der Regierung verbreitete Konstruktion von Juden als dem „inneren Feind“, also Kriegsgegnern, hatte für die deutschen BürgerInnen eine konkrete Botschaft: Der Erfolg des Krieges hinge vom Erfolg der Judenverfolgung ab und umgekehrt. Und der Krieg müsse gewonnen werden, um die Verbrechen rechtfertigen zu können. Verbrechen, die bekanntlich eine Art „öffentliches Geheimnis“ waren: Schon ab Herbst 1941 waren die ersten Gerüchte über die Praktiken der Massenschießungen und Vergasungen bei den Menschen im Reich bekannt. Auch hier reagierte die Partei mit Strafen, dadurch wurde das Interesse aber nicht erstickt.

Der Historiker Götz Aly errechnet mittels Indikatoren gesellschaftlicher Randphänomene eine „Loyalitätskurve“, die bereits mit Kriegsbeginn drastisch abfällt. So fällt auf, dass die zuvor hohe Anzahl der Kirchenaustritte mit dem Jahr 1939 schlagartig abnimmt. Immer weniger Familien gaben ihren Kindern Vornamen wie Adolf oder Horst, gegenläufig zum Trend in den dreißiger Jahren. In den Zeitungen fanden sich im Kriegsverlauf konstant weniger Todesanzeigen, die ihre gefallenen Angehörigen im Sinne des Nationalsozialismus beklagten.

All diejenigen aber, die nicht mehr an den Erfolg des Nationalsozialismus glaubten, sollten gegen Kriegsende durch eine neue Strategie eingebunden werden: Durch das Schüren von Angst – „Kraft durch Furcht“. Die Anzahl der Todesurteile gegen Reichsdeutsche wegen „Wehrkraftzersetzung“ stieg rasant. Die Partei bezweckte damit vor allem eines: jeder sollte nun als Nationalsozialist untergehen – und die Verantwortung für die Verbrechen sollte zerstreut werden. Die besprochenen Untersuchungen machen vor allem deutlich, dass es sich beim Verhältnis zwischen Führung und Volk um ein lebendiges handelte. Mit dem Kriegsverlauf schwand der ideologische Zusammenhalt aber weitgehend. Ein Befund sticht besonders ins Auge: das halb artikulierte Unrechtsbewusstsein in der Bevölkerung. Es ist wohl die Grundlage der Verdrängung.

Till Hilmar

leitete 2007/08 Gedenkdienst an der Jugendbegegnungsstätte Theresienstadt

Literaturverweis:

Aly, Götz (Hg.): Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Bonn 2006

Gellately, Robert: Hingeschaut und Weggesehen. Hitler und sein Volk, Bonn 2003

Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, Bonn 2006

Warum normale Menschen mordeten Motive einer Krankenschwester

Als Anfang der 1960er Jahre Anklage gegen sie erhoben wird, ist Anna Günther eine fast 70-jährige, kleine, rundliche Frau mit spitzer Nase. Die streng nach hinten gekämmten Haare hat sie im Nacken zu einem Knoten zusammengebunden. Die ausgebildete Krankenpflegerin hat mehr als 20 Jahre in Heil- und Pflegeanstalten für psychisch kranke Menschen gearbeitet. Wegen dieser Tätigkeit steht sie in München vor Gericht, denn sie war zwischen 1938 und 1945 in der Heil- und Pflegeanstalt Obrawalde in Pommern beschäftigt gewesen. Obrawalde liegt heute in Polen. In der Pflegeanstalt wurden zwischen Sommer 1942 und Januar 1945 zirka 18.000 Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen, sowie psychisch Kranke ermordet. Ärztinnen und Ärzte bestimmten, wer von den PatientInnen getötet werden sollte und das Pflegepersonal verabreichte tödliche Spritzen mit Morphium oder Veronal bzw. gab den Kranken eine Überdosis dieser Medikamente in Wasser aufgelöst zu trinken.

Die Krankenpflegerin Anna Günther wurde beschuldigt, an der Ermordung von 150 PatientInnen beteiligt gewesen zu sein.¹ Sie selbst beschrieb das Töten in einer Vernehmung so: „*Unsere Patientinnen hatten fast durchweg Angst vor Spritzen. Um nun den zu tötenden Patienten das aufgelöste Mittel einzugeben bzw. die Spritze zu verabfolgen, war das Zusammenwirken von mindestens zwei Pflegerinnen nötig. [...] Bei dem Eingeben des aufgelösten Mittels ging ich mit großem Mitgefühl vor. Ich hatte den Patientinnen vorher erzählt, dass sie nur eine kleine Kur zumachen hätten. [...] Beim Eingeben nahm ich sie liebevoll in den Arm und streichelte sie dabei. Wenn sie beispielsweise den Becher nicht ganz austranken, weil es ihnen zu bitter war, so redete ich ihnen noch gut zu, sie hätten doch nun so viel getrunken und sollten den Rest auch noch zu sich nehmen, weil sonst die Kur nicht zu Ende geführt werden könne. Einige ließen sich dann auf mein gutes Zureden so weit bewegen, dass sie noch den Trinkbecher vollends leerten. In anderen Fällen gaben wir das Mittel auch löffelweise ein.*“²

Eine erstaunliche Aussage. Welche Krankenpflegerin hält es sich ernsthaft zugute, Patienten sanft und liebevoll ermordet zu haben? Spontan möchte man vermuten, Frau Günther sei krank, Sadistin oder eine ausgesprochen fanatische Nationalsozialistin. Aus der Forschung zu den TäterInnen im Nationalsozialismus wissen wir inzwischen, dass weder das eine noch das andere für die Mehrheit derer zutrifft, die sich am nationalsozialistischen Massenmord gegen Jüdinnen und Juden, gegen Sinti und Roma oder Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung beteiligt haben. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen, die es bislang zur Psychologie der TäterInnen gegeben hat, kommen zu dem gleichen Ergebnis: die Mörderinnen und Mörder waren in der überwiegenden Mehrheit psychisch gesunde und in diesem Sinne ganz normale Menschen. Es gibt in den Unterlagen keinen Anlass zu vermuten,

die Krankenpflegerin sei eine Ausnahme.

Die Mehrzahl der nach dem Krieg wegen der Mitwirkung am nationalsozialistischen Euthanasieprogramm Angeklagten argumentierten vor Gericht, sie hätten sich am Morden beteiligt, weil sie den entsprechenden Befehlen hätten gehorchen müssen. Nicht so Frau Günther. Als man sie fragte, ob sie in irgendeiner Weise gezwungen worden sei, an den Tötungen mitzuwirken, antwortete sie: „*Ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass ich von niemandem zur Mitwirkung gezwungen wurde.*“³ Anna Günther wurde freigesprochen, ebenso wie die anderen 13 mit ihr angeklagten Krankenpflegerinnen weil – so das Gerichtsurteil – „*sie in keinem Fall aus eigener Initiative mitwirkten, sondern lediglich im Rahmen ihres Dienstes den ihnen von den Vorgesetzten erteilten Weisungen nachkamen, ohne sich innerlich mit den ihnen erteilten Tötungsbefehlen zu identifizieren und sie zu billigen.*“⁴

Gesellschaftlicher Wertewandel

Wenn wir herausfinden wollen, weshalb Menschen wie Anna Günther gemordet haben, dann muss ein sozialer Prozess rekonstruiert werden. Es geht darum zu verstehen, weshalb für Frau Günther das eigene Handeln rational und sinnhaft war. Grundlegend für die Analyse menschlichen Handelns ist die Erkenntnis, dass all unser Handeln nur möglich ist, weil wir ihm einen Sinn beimessen. Selbstverständlich laufen viele unserer Entscheidungen routiniert und intuitiv ab, aber doch geht allen eine Interpretation, eine Deutung der Situation voraus, ohne die wir nicht handlungsfähig wären.

Die Krankenpflegerin Anna Günther war Teil einer Gesellschaft, die in einem relativ kurzen Zeitraum eine radikale Verschiebung erlebte. Es war dies eine Gesellschaft, die sich aufspaltete in ein Innen und ein Außen, in eine „Wir-Gruppe“ und eine „Sie-Gruppe“, das heißt in diejenigen, die dazugehörten und diejenigen, die nicht dazugehörten. Grundlage dieser Spaltung war die Idee von der Existenz einer arischen Rasse und eines gesunden Volkskörpers. Dies begründete und legitimierte Ausgrenzung, Entrechtung und schließlich Ermordung von jüdischen Frauen, Männern und Kindern. Auch darüber, wie das Innere der „Gesellschaft der Zugehörigen“ auszusehen habe, gab es dezidierte Vorstellungen.

Körperlich oder geistig Behinderte und psychisch Kranke passten nicht in die Vorstellung vom gesunden arischen Volkskörper. „Unnütze Esser“ wurden sie genannt. Schon Kinder wuchsen mit der Vorstellung auf, dass es wertvolle und wertlose Menschen gab. In Schulbüchern konnte man lesen, dass die Pflege eines einzigen Erbkranken (gemeint waren Menschen mit Behinderungen) am Tag 5,5 Reichsmark kostete und dass davon eine ganze gesunde deutsche Familie leben könne. Es gab „rassisch wertvolle“ Arier und solche, auf die man, weil sie krank oder schwach waren, verzichten konnte. Ein Werbeplakat aus den 1930er Jahren zeigte einen sit-

zenden, offenbar bewegungsunfähigen Mann und einen hinter ihm stehenden Pfleger. Auf dem Plakat ist zu lesen: „*60.000 Reichsmark kostet dieser Erbkranke die Volksgemeinschaft auf Lebenszeit*“ und weiter „*Volksgenosse, das ist auch dein Geld.*“ Unmissverständlich wurde auf verschiedenen Ebenen klar gemacht, dass Behinderte und unheilbar Kranke der Volksgemeinschaft schaden. Ihre Existenz, so verkündeten es Schulbücher, Zeitungsartikel und Plakate, sei ein Problem, denn sie bedeutete eine Belastung für jeden gesunden „Volksgenossen“. So wurde es im Lauf der Zeit nur folgerichtig, in „lebenswertes“ und „lebensunwertes“ Leben zu unterscheiden und etwas gegen diejenigen, die nicht in die erste Kategorie fielen, zu unternehmen.

Ein solcher Umbau der Gesellschaft ist weder ein zentral gesteuerter Vorgang, noch geschieht dies von einem Tag auf den anderen. Bevor Menschen in großer Zahl in Heimen und Anstalten ermordet wurden, hatte man Tausende zwangssterilisiert um die „Vermehrung von Volksschädlingen“ wie es hieß, zu verhindern. Psychisch Kranke, geistig und körperlich Behinderte waren abgeholt, in Meldebögen erfasst und – „zu ihrem Wohl“ – in Anstalten eingewiesen worden. Die Kürzung von Essensrationen für bestimmte Gruppen von Patientinnen war ohne Widerspruch eingeführt worden. Erst als die weitgehend geheime Ermordung von AnstaltsinsassInnen in der Öffentlichkeit bekannt wurde – ungefähr 70.000 Menschen waren bis Ende August 1941 im Rahmen der Aktion „T4“ bereits ermordet worden – regte sich in der Öffentlichkeit vereinzelt Protest. Das „Programm“ wurde offiziell beendet, insgeheim jedoch in einzelnen Heimen fortgesetzt, darunter auch in der Heil- und Pflegeanstalt Obrawalde, dem Arbeitsplatz von Frau Günther.

Tötungsarbeit

Das Personal in den Heil- und Pflegeanstalten ermordete die PatientInnen innerhalb ihrer Dienstzeiten und integrierte in den normalen Pflegealltag. Es ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, in welchem formalen Rahmen die Morde ausgeführt wurden. Der Arbeitskontext, die Berufskleidung, die Arbeitswerkzeuge geben den Ärzten und Krankenschwestern die Gewissheit einer legitimen, nach bestimmten Regeln, vorchriftsmäßig ablaufenden Beschäftigung. Genau das irritiert bei Frau Günthers Aussagen besonders: Sie betont ihre Professionalität als Krankenpflegerin, wenn sie schildert, dass sie einzuschätzen wusste, wann es besser war, eine tödliche Spritze zu setzen oder das Gift mit dem Löffel einzufüllen. Während wir aus der Außenperspektive über Mord sprechen, geht es aus der Binnenperspektive der Täterin offenbar nur um eine Arbeit, die besser und schlechter ausgeführt werden konnte, aber in jedem Fall ausgeführt wurde. Eine Einstellung mit katastrophalen Folgen.

Ärzte und Ärztinnen suchten die Kranken aus, die getötet werden sollten, KrankenpflegerInnen brachten sie um,

indem das Halten der PatientInnen, das Spritzen und das Drohen oder Gutzureden von verschiedenen Personen ausgeführt wurde. Diese Aufteilung der Tötungsarbeit eröffnete viele Gelegenheiten, die Verantwortlichkeit zu verteilen. Nicht wenige der Schwestern und PflegerInnen waren nach dem Krieg davon überzeugt, keinen Tatbeitrag geleistet zu haben, weil sie die Kranken nur festgehalten oder die tödlichen Medikamente zusammengestellt hatten. Sie hatten ja nicht getötet. Eine arbeitsteilig ausgeführte Handlung bietet Möglichkeiten, das eigene Handeln zu relativieren und sich selbst gegen diejenigen abzugrenzen, die „Schlimmeres“ tun. Auch diese Bewertung findet sich in der Aussage von Frau Günther, wenn sie hervorhebt, „zärtlich“ mit den PatientInnen umgegangen zu sein. In ihrer Darstellung und wahrscheinlich auch in ihrem Selbstbild handelte sie so „humaner“ als Andere.

Die Krankenpflegerin Frau Günther war weder sadistisch noch geisteskrank. Vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, die menschliches Leben in „lebenswert“ und „lebensunwert“ eingeteilt, gewöhnte sie sich, zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen, schlicht an veränderte Arbeitsaufgaben und erfüllte diese so gut sie konnte. Primo Levi, Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz schrieb über Täterinnen und Täter im Nationalsozialismus: „*Es gibt die Ungeheuer, aber sie sind zu wenig, als dass sie wirklich gefährlich werden könnten. Wer gefährlicher ist, das sind die normalen Menschen.*“

- 1 Ebbinghaus, Angelika Krankenschwestern vor Gericht, S. 236. In: dies. (Hg.), Opfer und Täterinnen. Frauenbiografien im Nationalsozialismus, Nördlingen 1987, S. 218-247.
- 2 Ebenda S. 239.
- 3 Ebenda S. 240.
- 4 Urteil des LG München I vom 12.3.1965, 112 Ks 2/64. Euthanasie. Heil- und Pflegeanstalt Meseritz-Obrawalde (Lfd. Nr. 587). Justiz- und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen Nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, Band XX. Irene Sagel-Grande, H.H. Fuchs und C.F. Rüter Amsterdam 1979, S. 710.

Michaela Christ

Literaturverweis:



Dänemark: Ein skandinavischer Sonderweg zwischen Kollaboration und Widerstand?

Dänemark war im Zweiten Weltkrieg gewissermaßen eine Ausnahme. Das Land ist ohne größeres Blutvergießen durch den Krieg gekommen, dänische BürgerInnen und die dänische Widerstandsbewegung haben viele jüdische MitbürgerInnen gerettet. Dennoch hat die Regierung bis zu einem gewissen Punkt auch mit Nazi-Deutschland kollaboriert. War es – gerade angesichts der geografischen Nähe zu Deutschland – ein Erfolgsrezept, pragmatische Politik einer Balance zwischen Widerstand und Kollaboration zu betreiben?

Dänemark ergab sich am 9. April 1940, dem Tag des deutschen Überfalls, fast ohne Kampf. Das Land war seit diesem Tag besetzt – eine so genannte „Friedensbesetzung“. Diese „Friedensbesetzung“ war einzigartig und bedeutete, dass in Dänemark kein regulärer Krieg geführt wurde und dass Deutschland keine Gewalt gegen die dänische Bevölkerung ausübte, solange Dänemark mit Deutschland zusammenarbeitete. Die „Friedensbesetzung“ war eine Kompromisslösung für beide Parteien. Die Grenzen der Regelung waren nie klar definiert und diese Grauzone konnte Dänemark durchaus nutzen. Der Kompromiss hätte Dänemark seine Souveränität und Neutralität sichern sollen, in der Realität jedoch gab es weder Souveränität noch Neutralität. Obwohl die „Friedensbesetzung“ Dänemark einen großen Spielraum sicherte, hat die dänische Regierung mit der Zeit mehr und mehr dem deutschen Druck nachgegeben.

Allgemein gab es im Land keine große Sympathie für die Dänische Natio-

nalsozialistische Arbeiterpartei und ihre Ideologie. Sie bekam nie mehr als rund 2% der Stimmen, was sicherlich auch dadurch bedingt war, dass Dänemark schon lange Zeit eine problematische Beziehung zu Deutschland hatte – das große Nachbarland im Süden war eine Bedrohung und bereitete dem kleinen Dänemark schon lange Territorialprobleme. Immer wieder waren die Grenzen neu gezogen worden, daher konnte die Dänische NS-Partei, die eine Kopie der deutschen war, auch keine große Zustimmung gewinnen. Die meisten Stimmen konnte sie noch im Süden Dänemarks einfahren, wo eine große deutsche Minderheit lebte. Von dort kamen auch viele der dänischen SS-Freiwilligen, von denen sich viele der deutschen Minderheit zurechneten.

Die dänische Nationalsozialistische Arbeiterpartei, DNSAP, betätigte sich primär als Informantin für die Besatzungsmacht. Sie war aber auch Rekrutierungsbasis für das „Schalburgkorps“, eine dänische SS-Einheit. Die DNSAP hoffte, dass die Zustimmung der Bevölkerung und die Anerkennung durch Deutschland steigen würden, wenn die dänische SS-Einheit die ersten Siege an der Ostfront eingefahren hätte. Das „Schalburgkorps“ entstand im Juni 1941, unmittelbar nach dem Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion, und war nur für dänische Freiwillige gedacht. Bereits vorher stand skandinavischen Freiwilligen die SS-Division „Wiking“ offen. Die ersten Dänen traten ihr 1940 bei, insgesamt waren es mindestens 500 dänische Freiwillige. Am 23. April 1940 ordnete SS-Reichsführer

Heinrich Himmler auch die Bildung eines Waffen-SS-Regiments unter dem Namen „Nordland“ an, das der Aufnahme skandinavischer Freiwilliger dienen sollte. Die meisten dänischen Freiwilligen meldeten sich jedoch für das „Schalburgkorps“. Von rund 13.000 Interessenten wurde etwa die Hälfte aufgenommen. Von diesen ungefähr 6.500 Personen starben etwa 2.000 bei Kampfhandlungen.

Da das „Schalburgkorps“ der DNSAP zunehmend Mitglieder wegnahm, hatte es die Partei, die sich nach wie vor keiner großen Popularität erfreuen konnte, sehr geschwächt. Die DNSAP konnte von ihren Verbindungen nicht profitieren und sah schließlich ihre mühsame Arbeit als vergeblich an. Die Motivation zur Rekrutierung neuer Parteimitglieder sank. Der nordschleswigsche Parteiführer Frits Clausen drohte, keine Freiwilligen mehr für das Freikorps zu stellen. Himmler versuchte Clausen zu beruhigen – er appellierte an sein Durchhaltevermögen, seine große Stunde würde schon noch kommen. Obwohl man von deutscher Seite die Partei ermutigte, hatte man sich doch nichts Großes von ihr erwartet, im Gegenteil: Legationssekretär Franz Rademacher beschreibt zwar in einer Niederschrift das Land als eine nicht unwichtige landwirtschaftliche Versorgungsquelle und militärische Operationsbasis, da aber die Dänische Nationalsozialistische Arbeiterpartei so klein und beim Volk so unpopulär war, meinte er, dass man ihr so viel Unterstützung wie möglich geben müsse. Die Partei verlor dennoch mehr und mehr an politischer Bedeutung, konnte weder an Stimmen,

noch an Unterstützung aus der Bevölkerung dazu gewinnen. Im Gegenteil kam es verstärkt zu Streiks und Sabotageaktionen der dänischen Widerstandsbe-

wegung. Anstatt deutschen Forderungen verstärkt nachzukommen, dankte die dänische Regierung, die nie Sondergesetze für jüdische BürgerInnen eingeführt hatte, Ende August 1943 ab – erst jetzt befand sich Dänemark wirklich unter direkter deutscher Besatzung, die auch gleich den Ausnahmezustand verkündete und das Kriegsrecht verhängte. In weiterer Folge wurde Dänemark in die deutschen Pläne zur „Endlösung der Judenfrage“ einbezogen. In der Nacht des 1. Oktober 1943 begann die deutsche Polizei mit der Verhaftung dänischer Jüdinnen und Juden. Nicht zuletzt aufgrund der verweigerten Kooperation der dänischen Polizei und des Protests maßgeblicher Teile der dänischen Gesellschaft gelang es jedoch vielen jüdischen DänInnen, der deutschen Verfolgung zu entkommen. Dennoch deportierten deutsche Behörden rund 500 Jüdinnen und Juden aus Dänemark nach Theresienstadt, etwa 100 starben während des Holocaust. Angesichts einer jüdischen Bevölkerung von etwa 7.500 (davon rund 1.500 Flüchtlinge aus anderen Ländern) vor dem deutschen Einmarsch repräsentiert das eine der höchsten jüdischen Überlebensraten Europas.

Eldina Jaganjac

maturierte 2008 in Esbjerg, Dänemark, und arbeitet seit Oktober 2008 als EVS-Freiwillige bei „Gedenkdienst“.

NS in Oberösterreich: Kein Regime ohne Personal

„Wenn man sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist man verurteilt, sie zu wiederholen“, ist ein oft zitierter Aphorismus George Santanayas. Da man in Österreich leider oft zu der zynischen Einschätzung kommen muss, dass in punkto Vergangenheitspolitik viele Dinge noch im Argen liegen, ist es sicherlich sinnvoll, auch auf positiv zu erwähnende Prozesse, wie etwa das oberösterreichische Projekt „Lebensbiographien nationalsozialistischer Funktionäre in Oberdonau“, hinzuweisen.

In dreijähriger Arbeit erstellten acht Historiker und Historikerinnen 250 biographische Studien zu den wichtigsten FunktionsträgerInnen des Reichsgaues Oberdonau, welche entweder in der staatlichen Verwaltung oder in der örtlichen NSDAP tätig waren. Frauen waren auf höherer Verwaltungs- und Parteebene eher rar, allerdings finden sich auch hier einige unter den TäterInnen. Die historische Arbeit wurde dabei sowohl durch den nationalsozialistischen Dualismus von Partei und Staat als auch durch die verstreute Aktenlage erschwert: Die Unterlagen waren auf das Landesarchiv selbst, das Österreichische Staatsarchiv und das Bundesarchiv Berlin verteilt.

TäterInnen im Netz

Die Ergebnisse sind als Internetpublikation auf der Homepage des Oberösterreichischen Landesarchivs einzusehen. Diese Erscheinungsform wurde nicht zufällig gewählt, sind sich doch auch die MacherInnen im Klaren, dass diese Forschungen keinesfalls ein Endergebnis sein kann, sondern einen Ansatzpunkt für eine weitergehende Beschäftigung mit TäterInnenschaft und MittäterInnenschaft darstellt. Die flexible Form der Publikation bietet die Möglichkeit, auch weitere soziologische Forschungen – etwa was Gruppenprofile, biographische Gesetzmäßigkeiten und Abweichungen usw. usf. betrifft – durchzuführen.

Als InteressierteR hat man sowohl die Möglichkeit, konkret nach Personen in der biographischen Datenbank zu suchen, als auch einfach nur zu „stöbern“. Gewählt werden kann zwischen kurzen biographischen Angaben oder ausführlicheren PDFs, welche auch die verwendeten Quellen ausweisen und/oder weiterführende Literaturangaben beinhalten. Erfasst wurden FunktionsträgerInnen, die im Bereich der staatlichen Verwaltung auf Ebene der Bezirkshauptmannschaften, ab 1938 dann in den Landratsämtern tätig waren und jene, die in der Landeshauptmannschaft, ab 1940

dann in der Reichsstathalterei, eine Funktion inne hatten. Im Bereich der NS-DAP wurden leitende Organe in der Gauleitung, in Gauämtern und in diversen Kreisleitungen kenntlich gemacht.

Lebenslügen und Kontinuitäten

Dass dieser institutionell-funktionelle Zugang auch seine Tücken hat, ist auch den HistorikerInnen des Oberösterreichischen Landesarchivs durchaus bewusst. So fehlen in der Datenbank etwa viele Personen, die zwar nicht in dieses institutionell-funktionale Schema hineinpassen, sehr wohl aber einflussreich waren, sowie natürlich die große Gruppe derjenigen, welche als unbeteiligte ZuschauerInnen den NS-Verbrechen tatenlos zur Seite und gegenüberstanden.

Dennoch: Details und Zusammenhänge werden präsentiert, Lebenslügen ehemaliger Nationalsozialisten aufgedeckt. Gruselig wird es dann, wenn aufgeführt wird, in welchen Funktionen die untersuchten TäterInnen nach 1945 beschäftigt waren und personelle Kontinuitäten nachgezeichnet werden können. Um mit Dr. Goldberger vom Oberösterreichischen Landesarchiv zu schließen: „Der Nationalsozialismus in Oberösterreich ist kein Regime ohne Personal mehr.“

Die biographischen Datenbanken sind über <http://www.landesarchiv-ooe.at/> (Biografische Datenbank) oder http://www.landesarchiv-ooe.at/xchg/SID-28B456E1-04B248D5/hs.xsl/was_bgd_DEU_HTML.htm einzusehen.

Ina Markova

studiert Geschichte an der Universität Wien

Impressum

Medieninhaber: GEDENKDIENT – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst, A-1010 Wien, Rabenstein 3/16, tel +43 1 581 04 90 fax dw -90, office@gedenkdienst.at, BAWAG, BLZ 14 000, Kto. 02010607593, DVR 003506
Obmann: Florian Wenninger
Kassier: Ulrich Kopetzki
Schriftführer: Mathias Rest

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Michaela Christ, Till Hilmar, Eldina Jaganjac, Johann Kirchnopf, Ina Markova, Maria Neumann, Martin Schmidt, Veronika Zangl, Konstantin Wacker
Redaktion: Konstantin Wacker
Layout: Ulrike Fleschhut (Harald Mahrer)

Impressum: Verleger/Herausgeber/Hersteller: GEDENKDIENT – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst A-1010 Wien, Rabenstein 3/16, tel & fax +43 1 581 04 90 Druck: simply more, Wien Erscheinungsort: Wien Auflage: 2500, Preis: € 0,75

Die Novemberpogrome in ZeugnInnenberichten

Bei der großen medialen Aufmerksamkeit, die den Novemberpogromen in den letzten beiden Jahrzehnten zukam und nach wie vor zukommt, stellt sich die Frage, welche Narrative diese Ereignisse dermaßen repräsentativ und repräsentierbar machen. Auffallend an den Darstellungen der Novemberpogrome sind zum einen die teilweise stark abweichenden Angaben hinsichtlich des tatsächlichen Ausmaßes der Zerstörung und der Anzahl der Opfer, zum anderen erweist sich sowohl die Bezeichnung „Kristallnacht“ als auch die Datierung der Novemberpogrome als problematisch.

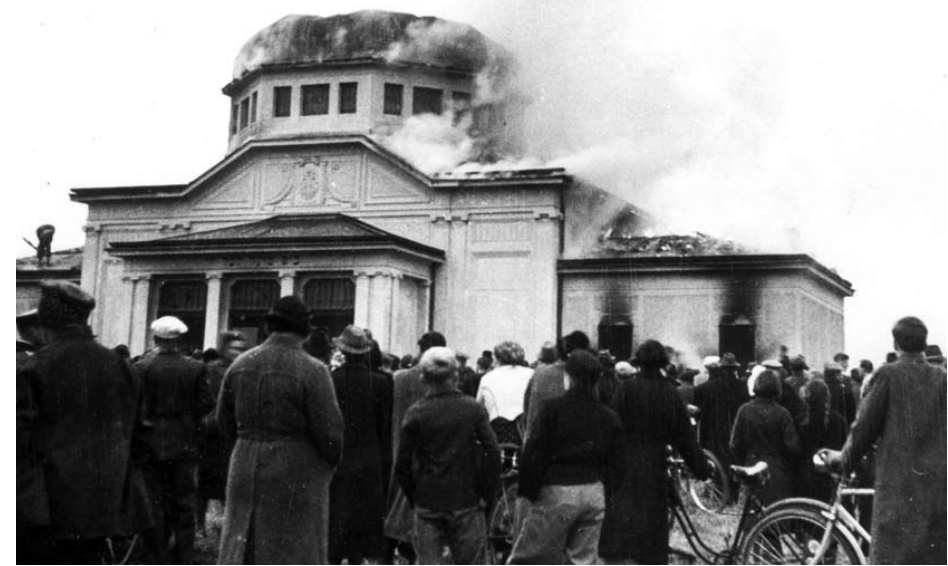
Obwohl Mitte der 1950er Jahre bzw. in den 1960er Jahren kleine Einzelstudien von Hermann Graml und Herbert Rosenkranz zu den Novemberpogromen vorlagen¹, erhielten sie erst ab den 1980er Jahren anlässlich des 50-jährigen Gedenkens historische Beachtung. Sowohl Hermann Graml als auch Herbert Rosenkranz setzen „Reichskristallnacht“ im Titel unter Anführungszeichen, eine Form der Distanzierung, die mittlerweile zu den gängigen Topol der Berichterstattung gehört. Allerdings wurden die „Ausschreitungen“ gegen Juden und Jüdinnen im November 1938 in AugenzeugInnenberichten und Tagebucheinträgen bereits als Pogrome eingestuft, die jedoch unterschiedlich benannt wurden. Victor Klemperer verweist etwa in seiner Tagbucheintragung vom 22. November 1938 auf die „Pariser Grünspan-Schießaffäre“.² Eugen Kogon bezeichnet die Pogrome in seiner grundlegenden Studie „Der SS-Staat“ als „Rath-Aktion gegen die Juden“.³ Jonny Moser benennt den Novemberpogrom in seiner 1966 erschienenen Studie „Die Judenverfolgung in Österreich 1938 – 1945“ ebenfalls als „Rath-Aktion“.⁴ Albert Drach wiederum erinnert in seinem 1968 erschienenen Roman „Z.Z. – das ist die Zwischenzeit“, dass die „Kristallnacht“ scheinbar in Analogie zum Röhm-Putsch „Nacht der langen Messer“⁵ genannt wurde. Und schließlich findet sich in der Wiener Zeitung vom 18. Oktober 1945 ein Artikel mit der Überschrift „Grauensvolle ‚Nacht der Scherben‘“, der Untertitel des Beitrages lautet: „Details über das große Novemberpogrom“.⁶ Obwohl es also in den ersten Jahren nach dem Ereignis offensichtlich vielfältige Bezeichnungen für die Novemberpogrome gab, bestand von Beginn an kein Zweifel daran, dass es sich dabei um einen Pogrom handelte. Damit trägt aber der geradezu unvermeidliche Hinweis auf die euphemistische Bezeichnung „Kristallnacht“ mit dazu bei, den Begriff zu tradieren und zu festigen.

Während die Geschichtsschreibung und vor allem Medien die Novemberpogrome in den 1980er Jahren als erinnerungswürdiges historisches Ereignis entdeckten, finden sich in der Literatur höchstens Spuren der Novemberpogrome. Wichtig bei der Hinwendung zur Literatur und zu ZeugnInnenberichten ist jedoch, dass damit die Seite der Betroffenen ins Blickfeld gerät, denn bis in die 1980er Jahre wurden die Novemberpogrome mit wenigen Ausnahmen vor allem auf der Grundlage von NS-Akten aufgearbeitet. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Wiener Library in London über ein Konvolut von 300 AugenzeugInnenberichten

zum Novemberpogrom verfügt, die bereits Ende 1938 und im Jänner 1939 gesammelt wurden.

Einer dieser Berichte trägt den Titel „Der 10. November 1938. Die Zerstörung der jüdischen Gemeinden in Deutschland“, der Samuel Brückheimer zugeschrieben wird.⁷ Diese Datierung, die sich in frühen ZeugnInnenberichten öfter findet, ist insofern wichtig, als sich die Frage stellt, warum sich ausgerechnet der vor allem in Deutschland historisch überladene 9. November als Gedenktag der Pogrome durchgesetzt hat, obwohl die Pogrome de facto am 10. November und an den darauffolgenden Tagen stattfanden. In narrativer Hinsicht überlagert damit die Planung der Pogrome durch die NS-Spitze die Auswirkungen der

Strukturunterlagen, d.h. die Darstellung beginnt in der Regel mit der Festnahme und endet mit der Befreiung. Einer der wenigen Ausnahmen findet sich in dem bereits erwähnten Bericht von Eugen Kogon: „Was sich damals im Lager [Buchenwald, VZ] zutrug, läßt sich mit wenigen Worten nicht schildern. Erwähnt sei lediglich, daß gleich in der ersten Nacht 68 Juden wahnsinnig geworden und von Sommer wie tolle Hunde – immer je vier Mann – totgeschlagen worden sind. [...] In weniger als drei Wochen hatten diese Aktions-Juden Hunderte von Toten.“⁸ Kogon erlaubt mit seinem Bericht eine kaum beachtete Perspektive auf die Novemberpogrome, nämlich die Ankunft jener häufig erwähnten 20.000 Juden, die während der Novemberpog-



Die Brennende Grazer Zeremonienhalle Foto: DOW

Pogrome auf die jüdische Bevölkerung in Deutschland und Österreich.

Kaum literarische Spuren

Ausgangspunkt für meine Suche nach Spuren der Novemberpogrome in der Literatur war die Sammlung von etwa 350 ZeugnInnenberichten bzw. -protokollen, über die das Niederländische Institut für Kriegsdokumentation (NIOD) verfügt. Die ZeugnInnenberichte wurden zum Großteil bereits in den Jahren 1944 bis 1950 gesammelt und hatten zunächst die Funktion, Fakten feststellen zu können. In der Sammlung befinden sich zwischen 70 und 80 ZeugnInnenberichte von deutschen und österreichischen EmigrantInnen. Obwohl viele dieser ZeugnInnen 1938 in die Niederlande flüchteten, findet sich mit einer Ausnahme kein einziger Bericht, in dem die Novemberpogrome erwähnt werden. Das einzige Dokument, in dem sich eine Spur zu diesem Ereignis findet, stammt von Kurt Schlesinger, dem so genannten Oberdienstleiter des Durchgangslagers Westerbork. Doch auch Schlesinger erwähnt die Pogrome nur kurz und in Klammer gesetzt, in Zusammenhang mit legaler und illegaler Einwanderung in die Niederlande. Von Interesse ist, dass auch er vom „großen Pogrom“ spricht und diesen mit 10. November datiert.⁸

Dass die Novemberpogrome in der so genannten Holocaust-Literatur kaum erwähnt finden, hat unter anderem damit zu tun, dass diese vor allem in den ersten Jahrzehnten einer relativ klaren

grome verhaftet und nach Dachau und Buchenwald deportiert wurden.

Nicht nur in ZeugnInnenberichten des Holocaust auch in Exilmemoiren finden sich kaum Hinweise auf die Novemberpogrome. Wenn, werden vor allem die „Anschluss“-Pogrome erwähnt – wie etwa in Klaus Manns Autobiographie „Der Wendepunkt“¹⁰ – oder es kommt zu einer Verschränkung von „Anschluss“-Pogrom und Novemberpogrom – wie dies unter anderem in Fred Wanders Erinnerungen Das gute Leben oder Von der Fröhlichkeit im Schrecken¹¹ der Fall ist.

Latente Tendenz zum Pogrom

Es gibt zweifellos mehrere Gründe, warum sich kaum Spuren der Novemberpogrome in Berichten von Überlebenden des Holocaust und in Memoiren des Exils finden, in Bezug auf Österreich ist jedoch insbesondere zur berücksichtigen, dass nach dem „Anschluss“ eine latente Tendenz zum Pogrom vorhanden war. Herbert Rosenkranz zieht daraus den Schluss: „Im Vergleich mit dem Terror, der die Straßen in Wien beherrschte, stellt der Novemberpogrom nur eine Verschärfung des bisherigen latenten Pogroms dar, jedoch keinen plötzlichen Einschnitt in bisherige Lebensbedingungen wie in Deutschland.“¹²

Tendenziell nimmt seit der öffentlichen Diskursivierung der Novemberpogrome deren Thematisierung in autobiographischen Berichten von Überlebenden des Holocaust zu. So finden sich etwa in dem 1993 vom Dokumentationsarchiv des

österreichischen Widerstandes herausgegebenen Buch „Jüdische Schicksale“ mehrere Interviews, die auf die Novemberpogrome eingehen.¹³ Unter anderen erwähnt auch Ruth Klüger die Novemberpogrome in ihrer 1992 erschienenen Autobiographie „weiter leben“.¹⁴

Doch wird in den letzten beiden Jahrzehnten am 9. November nicht nur der Novemberpogrome gedacht, dieser Tag wurde zu einem der markantesten Daten im Zusammenhang mit dem Gedenken des Holocaust. Werden die Gedenkveranstaltungen zum Novemberpogrom in Erinnerung gerufen, so ist am österreichischen Narrativ der Erinnerung auffallend, dass es zu einer latenten Überlagerung von Novemberpogromen und Holocaust kommt, wobei der Holocaust jedoch zumeist nicht weiter thematisiert wird. Die Differenzierung von Novemberpogromen und Holocaust ist jedoch insofern wichtig, als die Novemberpogrome zwar offensichtlich in anschaulicher Weise zum Ausdruck bringen, was als Barbarismus des Nationalsozialismus vorgestellt wird, allerdings war der Novemberpogrom, wie Raul Hilberg wohl zu Recht feststellt, „die letzte Gelegenheit, auf deutschen Straßen Gewalttaten gegen Juden zu verüben. [...] In der Folgezeit wurde das Für und Wider jeder Maßnahme genauestens abgewogen [...]“. Es war der bürokratische Vernichtungsprozess, der in seinem planmäßigen Schritt für Schritt erfolgenden Vorgehen schließlich zur Auslöschung von fünf Millionen Opfern führte.¹⁵ Mit anderen Worten fand die Barbarei nicht mehr im öffentlichen Raum statt, sondern umso schrankenloser im abgeschlossenen Raum von Konzentrations- und Vernichtungslagern. Für Österreich lässt sich abschließend feststellen, dass das Gedenken der Novemberpogrome seit den 1980er Jahren eine Art Stellvertretungsfunktion für das Gedenken an den Holocaust übernahm.

- Hermann Graml, Der 9. November 1938. „Reichskristallnacht“, Bonn: Bundeszentrale für Heimatdienst, 1956; Rosenkranz, „Reichskristallnacht“, 9. November 1938 in Österreich: Wien/Frankfurt/Zürich: Europa 1968.
- Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941, hg. v. Walter Nowojski, unter Mitarbeit v. Hadwig Klemperer, Berlin: Aufbau 1995, S.431.
- Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München: Heyne 1974, S.229.
- Jonny Moser, Die Judenverfolgung in Österreich 1938–1945, Wien/Frankfurt/Zürich: Europa 1966, S.8.
- Albert Drach, „Z.Z.“ das ist die Zwischenzeit, Hamburg/Düsseldorf: Classen 1968, S.296.
- „Grauensvolle ‚Nacht der Scherben‘. Details über das große Novemberpogrom“, Wiener Zeitung, 18. Oktober 1945, S.3.
- Der Bericht wurde 1986 von Herbert Schultheis unter dem Titel Die Reichskristallnacht in Deutschland nach Augenzeugenberichten publiziert.
- Siehe NIOD, Collectie 250d, Kampen gevangengenissen, Inv.no. 828.
- Siehe Kogon, Der SS-Staat, S.230f.
- Klaus Mann, Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1993, siehe v.a. S.531f.
- Fred Wänder, Das gute Leben oder Von der Fröhlichkeit im Schrecken. Erinnerungen. Göttingen: Wallstein 2006, siehe v.a. S.21.
- Rosenkranz, „Reichskristallnacht“, S.16.
- Siehe Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, Wien: Österreichischer Bundesverlag 1992, S.97–163.
- Ruth Klüger, weiter leben. Eine Jugend, Wallstein: dtv 1992, S.28.
- Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1, Frankfurt/Main: Fischer 1990, S.52f.

Veronika Zangl

vor.gelesen|rezensionen



Schloss Hartheim in den 1940er Jahren Foto: Karl Schuhmann

Tötungsanstalt Hartheim

Brigitte Kepplinger, Gerhart Marckhgott, Hartmut Reese (Hrsg.),
2. erweiterte Auflage, OÖ Landesarchiv, Linz, 2008

Normalerweise ist es ja nicht üblich, dass man anlässlich einer Zweitaufgabe eines Buches eine Rezension über selbiges veröffentlicht. Normalerweise ist es aber auch nicht üblich, dass eine Zweitaufgabe – selbst wenn es eine ergänzte ist – seinen Umfang gegenüber der Erstauflage verdoppelt. Zehn der neunzehn Beiträge des Buches „Tötungsanstalt Hartheim“ sind völlig neue Arbeiten, die restlichen wurden zum Teil grundlegend überarbeitet. Insofern sprechen die Herausgeber zu Recht eher von einer Neubearbeitung denn von einer Neuauflage.

Im Zentrum des Werkes steht die Darstellung der „Aktion T4“ in der „Ostmark“. Entsprechend leitet Wolfgang Neugebauer den Band mit einem Überblick über diesen systematischen Massenmord an Insassen von Heil- und Pflegeanstalten in sechs Euthanasietötungsanstalten ein. Britte Kepplinger widmet sich der Struktur und dem Ablauf der „Aktion“ in Österreich, bevor sie in einem weiteren Beitrag auf die Tötungsanstalt Hartheim selbst eingeht.

Die darauffolgenden Beiträge widmen sich eher spezifischeren Fragen. Hier sind vor allem die weitgehend neu aufgenommenen regionalen Studien zu nennen, welche das örtlich weit verzweigte Netz des Massenmordes vor Augen führen. Folgerichtig stellt sich auch die Frage, was die Bevölkerung denn von den Tötungen gewusst hat, der Irene Leitner in ihrem Beitrag nachgeht und dabei auch dem Widerstand gegen die NS-Euthanasie Raum gibt.

Weitere Beiträge setzen sich mit der Frage der Erfassung der Opfer auseinander, wobei Andrea Kammerhofer in ihrem Beitrag vor allem auch die ökonomischen Aspekte und Zusammenhänge der Vernichtungsmaschinerie andeutet. Diese kommen auch in der „Sonderbehandlung 14f13“ zum Ausdruck, die Florian Schwanninger in einem neuen Artikel nachzeichnet, der zwar relativ viel Umfang im Verhältnis zu den anderen Artikeln einnimmt, aber gleichzeitig durch eine enorm präzise Darstellung von „14f13“ besticht und nur durch die notwendige und seriös durchgeführte Auseinandersetzung mit Quellenlage und Forschungsstand etwas länger geraten ist.

Ergänzt wird das Buch durch Beiträge zu (bau-)archäologischen Spuren und dem Gedenken an die NS-Euthanasie in Österreich, sodass ein insgesamt sehr umfang- und facettenreiches Gesamtwerk entstanden ist, an dem man nicht vorbeikommt, wenn man sich ernsthaft mit der NS-Vernichtungspolitik auseinandersetzen möchte. Die umfangreiche und kritische Auseinandersetzung mit Quellenmaterial ist für eine ebensolche Ernsthaftigkeit notwendig, aber auch weniger bedarfte LeserInnen können dem Buch viel Wissen über die Tötungsanstalt Hartheim abgewinnen.

Dass die Erstauflage des Buches 2005 innerhalb kürzester Zeit vergriffen war, zeugt vom öffentlichen Interesse an jenem Kapitel nationalsozialistischer Herrschaft, das als eines der längsten im Dunkel der Geschichte verblieb. Dass es nun in zweiter Auflage mit seinem gesamten Umfeld umfassend dargestellt wird, zeugt nicht nur davon, dass man diesem Interesse nachgekommen ist. Die eingeflossenen Überarbeitungen zeigen auch die Fortschritte, welche die Forschung in den letzten Jahren vollbrachte.

Sollten LeserInnen nachfrage und neue Forschungsergebnisse eine weitere überarbeitete Neuauflage notwendig machen, so wäre eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Bedeutung der NS-Euthanasie für die Entwicklung der „Endlösung der Judenfrage“, wie sie in den Beiträgen von Neugebauer und Schwanninger nur kurz angedeutet wird (S. 31, 204/5), v.a. hinsichtlich ihrer technischen und personellen Kontinuitäten wünschenswert, obwohl sie für eine spezifische Auseinandersetzung mit der Tötungsanstalt Hartheim nicht zwingend notwendig ist. Ebenfalls wünschenswert wäre eine breitere Auseinandersetzung mit der juristischen Strafverfolgung der TäterInnen nach 1945 und zur Reintegration derselben in die Nachkriegsgesellschaft, wofür der Beitrag von Brigitte Kepplinger zu Euthanasie-Gedenkstätten auch bereits einen Rahmen vorgibt (siehe S. 549 – 552). *KoWa*

Hans Safrian/Hans Witek: Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938.

Picus Verlag Wien, 2008

Als das Buch „Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938“ im „Gedenkjahr“ 1988 erschien, sorgte es sowohl in Österreich als auch international für mediales Aufsehen. Die in diesem Jahr verlegte erweiterte Neuauflage des mittlerweile als Standardwerk geltenden Buches beschreibt bisher wenig beachtete Aspekte antisemitischer Verfolgung, wie etwa die Rolle der Wiener Ministerialbürokratie bei der Entrechtung und Enteignung von WienerInnen jüdischer Herkunft.

„Und keiner war dabei“ zeigt anhand von Berichten von ZeitzeugInnen, offiziellem Schriftverkehr, Verlautbarungen von NS Behörden und anderen Dokumenten, wie „offizieller“ und „privater“ Antisemitismus, „ordentlicher“ und „unordentlicher“ Terror Hand in Hand gingen - oder in Konkurrenz zueinander standen, etwa wenn das NS-Innenministerium den Gauleiter von Wien auffordert, etwas gegen die „wildes Arisierungen“ zu

unternehmen, damit „die erforderlichen Maßnahmen (...) auf gesetzlicher Ebene getroffen werden“ können. Diese weitreichenden „Arisierungen“ von offizieller Seite durch die Einsetzung kommissarischer Verwalter werden anhand zahlreicher Dokumente analysiert. Ein weiteres Kapitel behandelt die Ereignisse um den 9. November 1938, auch hier zeugen Berichte von Opfern und Tätern von den Verstrickungen zwischen offiziellem Terror und persönlicher Bereicherung. Der Epilog des Buches schließlich thematisiert mit einem Eingangszitat aus Helmut Qualtingers „Herr Karl“ den Umgang Österreichs und der ÖsterreicherInnen mit dem zuvor Beschriebenen in der Zweiten Republik. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass „die meisten österreichischen NS-Täter, die ‚Arisierungs-Gewinnler‘ und jene, die ‚nur‘ die bedrohte Situation ihrer jüdischen Mitbürger ausgenutzt hatten“ mit geringen Strafen oder unbehelligt davongekommen seien. „Bei eventuellen Nachfragen hielt man sich, in Anlehnung an die offizielle Staatsdoktrin – an die bekannten drei Affen: Keiner hat's gesehen, keiner hat etwas gehört. Und keiner war dabei.“ *Peter Larndorfer*

Klaus W. Tofahrn: Das Dritte Reich und der Holocaust.

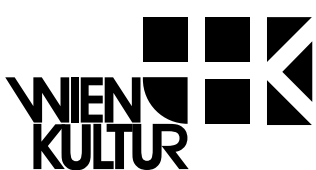
Frankfurt am Main, Peter Lang GmbH., 2008.

Klaus W. Tofahrn ist 1946 geboren und derzeit Privatdozent an der Universität Bochum. Er stellt in seinem neuen Buch „Das Dritte Reich und der Holocaust“, das im Jahr 2008 im Verlag Peter Lang erschienen ist, gleich zu Beginn die Frage nach der Relevanz eines neuen Buches über das Dritte Reich und den Holocaust. Es gibt ja bereits eine sehr breite Literatur über das Thema und dennoch „haftet [das 20. Jahrhundert] mit seinen Geschehnissen als historische Erinnerung sowohl in unserem sozialen als auch kollektiven und auch kulturellen Gedächtnis“. Außerdem, so der Autor, geht der Wissensstand bei Jugendlichen in Deutschland über den Nationalsozialismus und den Holocaust wieder zurück. Vor allem Jugendliche aus den „neuen“ Bundesländern Deutschlands weisen erschreckende Wissenslücken in diesem Bereich auf. Ein Grund für diese Entwicklung liegt auch in der Bildungsarbeit an den Schulen, so Tofahrn weiter. Und an diese Gruppe wendet er sich auch mit seinem Buch.

Der erste Teil des Buches gibt einen knappen Überblick über die Historiographie in Deutschland nach 1945 zum Thema „Drittes Reich“. Diesem folgen Berichte von fünf Holocaust-Überlebenden. Sie berichten über ihr Leiden in Deutschland und geben so ein bedrückendes Zeugnis. Die kurzen Biographien von wichtigen Persönlichkeiten zur Zeit der Shoah werden (leider nur teilweise) durch Literaturhinweise ergänzt, die es ermöglichen sich weiter zu gewissen Persönlichkeiten und Themen zu vertiefen. Alles in allem ein Werk, das es dem/der LeserIn ermöglicht, einen ersten Einstieg in die Geschichte des Holocaust zu erhalten, das über viele Literaturhinweise eine weitere Auseinandersetzung mit der Thematik ermöglicht. *Martin Schmidt*

leistete 2007/08 Gedenkdienst
am Jüdischen Historischen Institut in Warschau

Mit freundlicher Unterstützung durch:



ZukunftsFonds
der Republik Österreich

Nationalfonds der Republik Österreich
für Opfer des Nationalsozialismus

GEDENKDIENTST
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18
tel +43 1 581 04 90
fax +43 1 581 04 90 90
office@gedenkdiensat
www.gedenkdiensat

Kontaktadresse